indzyn ausschließliche Domäne des Liberalismus, und zwar in einer Zeit, wo in allen deutschen Gauen der Ruf nach der Gründung einer entschieden nationalen Partei ertönte. Wer erinnert sich nicht jener traurigen Kommerzrede bei Schulvereinsfesten die schließlich zum Bruderkriege des Dr. Wolloff mit den Vertretern des reichsfeindlichen Freisinnes aus dem Deutschen Reichstage führte." Das ist deutlich gesprochen. Indessen fehlt es vorerst noch an Anzeichen, welche auf eine Ein- und Umkehr schließen lassen könnten.

Großbritannien.

[Zur Reise der Königin.] Es hat viele widersprechende Berichte in letzter Zeit über den eventuellen Frühjahrsbesuch der Königin Viktoria in Italien gegeben. Jetzt scheint jedoch die Frage endgültig gelöst zu sein. Nach einer Abwesenheit von nahezu zwei Monaten ist der Dirigent der festländischen Reisen der Königin jetzt nach England zurückgekehrt, und die Königin hat beschlossen, die Villa Palmieri in Florenz im März zu einem vier- bis fünfwöchigen Aufenthalt zu wählen.

Rußland.

Petersburg, 17. November. [Zum Budget.] Wie die „Köln. Z." meldet, ist zur vollständigen Deckung der ordentlichen Ausgaben, sowie zur theilweisen Deckung der außerordentlichen Ausgaben in dem Budget für 1893 die Accise auf Branntwein, Tabak, Bier, Phosphor-Zündhölzer und Kerosin, sowie der Einführzoll auf Baumwolle und die Handelssteuer erhöht werden. Ferner soll eine Miethsteuer, Forststeuer, Gefängnißsteuer und eine Besteuerung der vom Militärdienst befreiten Personen neu eingeführt werden und außerdem eine umfassende Regulirung der direkten Steuern eintreten.

Serbien.

* [Militärische Berathung.] Wie sind aus Belgrad auf die auffällige militärische Berathung aufmerksam gemacht worden, die bei dem serbischen Kriegsminister unter Theilnahme des russischen und des französischen Militär-Attachés stattgefunden hat. Man scheint nun in den maßgebenden serbischen Kreisen doch das Bedürfniß gefühlt zu haben, den Eindrücken, die diese Thatsache hervorrufen könnte, entgegenzuwirken. Denn, wie schon gemeldet, hat sich der serbische Kriegsminister Herr Begitschewitsch veranlaßt gesehen, in Abrede zu stellen, daß Verhandlungen über eine militärische Konferenz stattgefunden habe, und weiter wird dem Dementi hinzugefügt, daß es sich nur um eine Vorstellung des neuen französischen Militär-Attaché Sailley gehandelt hätte. Durch dieses Dementi ist aber noch nicht aufgeklärt, was der russische Militär-Attaché dabei zu suchen gehabt habe, denn bei einer Vorstellung des französischen Militär-Attaché hätte doch nur der französische Gesandte, nicht aber der russische Militär-Attaché zu intervenieren gehabt.

Aus Afrika.

(Besuch.) Koblenz, 18. November. Chef Langheld von der Schutztruppe für Ostafrika ist hier eingetroffen.

(Rückkehr.) Nürnberg, 16. November. Gräfin Lilli Bücker-Limpurg, die den Sommer zur Erholung bei ihren Eltern im benachbarten Schloß Burg verbracht zugebracht hat, reist morgen nach Ostafrika zurück, um ihre Thätigkeit als Krankenschwester im deutschen Kriegslazareth zu Bagamoyo wieder aufzunehmen. (Frkf. Z.)

(Aus Natal.) Der Trappisten-Prior P. Franz in Marienhill (Natal) ist bekanntlich wegen Widersetzlichkeit gegen seine Vorgesetzten seit einiger Zeit ein Kloster-Arrestant. Vielen anderen Mitgliedern teilt die Rückkehr in die Welt „freigestellt" sein. Darnach wäre es wahrscheinlich, daß sei in Marienhill eine förmliche Meuterei ins Werk gesetzt. Von anderer Seite schreibt man den Vorfall dem Umstande zu, daß der neue Trappistengeneral ein Franzose ist, dem die Deutschen unsympathisch seien. Was an der Sache Wahres ist, wird sich wohl bald aufklären.

Die Wißmannschen Dampfer-Expedition.) Nach den letzten von dem „Reichsanzeiger" veröffentlichten Nachrichten, welche Major v. Wißmann Ende August kein weiter vom unteren Zambesi nach Chirombo an der Mündung des Rua in den Schire verlegen, wo das Gebiet nach den Portugiesen gehört. Die Mitte Oktober hoffte er seine ganze Expedition dort vereinigen zu können. Dann wollte er von verschiedenen Punkten aus die Errichtung einer Station am Nyassa bestimmen. Jetzt wird Wißmann's Bestätigung dieser Angaben nach Privatbriefen Wißmanns von Anfang Oktober aus Chirombo gemeldet, er wolle erst selbst die Expeditionen bis Port Herald bringen und dann mit einer kleinen Expedition vorwärts gehen, um den Nyassa alle Gebietsverhältnisse und Handelsverhältnisse prüfen zu können. Die Heimsendung der Expeditionen und den Transport des schweren Materials über das zwischenliegende Bergland solle der Unterführer v. Gitz leiten.

Berichtigung.

In der Besprechung der Schrift des Professors D. Achelis zu Marburg: „Zur Symbolfrage" (Beilage zu Nr. 541) ist ein Druckfehler zu berichtigen. Der betr. Satz sollte lauten: „Zu nächst ist es wieder eine Verinnerlichung der Wahrheit, wenn Joh. 5. und 6. Jahrhundert gesetzt wird, da selbst Harnack das altkirchliche Symbol ins 2. Jahrhundert setzt." (Statt 2. war irrthümlich 12. gesetzt.)

Die „Parole",

die amtliche Zeitung der Kameraden „Deutscher Kriegerbund", bringt einen Protest des Vorsitzenden des Deutschen Kriegerbundes namens einer „Anzahl treuen Kameraden" gegen die „Parole" und den „Wortlaut des Artikels des „Militär-Wochenblatts". Nachdem die beschimpfenden Stellen des Artikels zitirt worden, fährt der Verfasser:

„Als alter Soldat kann man diese Worte nicht lesen, ohne ein schmerzliches Gefühl des Bedauerns empfinden zu müssen, daß diese Anzahl aus den bewährten Kreisen unserer Landwehr, auf welches das Vaterland mit Stolz und Freude blickt, in die Welt ohne Vorsitzen. Meinerseits können diese Ausführungen nicht, denn leider als die Ansicht des unkameradschaftlichen Schreibers neben die treuesten Anhänger unserer Kriegervereine, die treuen Kameraden Kaiser Wilhelm und seiner Paladine über so Verfassung unserer Landwehr, bisher stehen die Thaten derselben, welche in dem ernsten Gemeinsamkeitsdienst, dessen Autorität wohl niemand anzuweifeln wagt, mit geldenen Lettern verzeichnet sind. Kein Kind kann Vater und — Mutter werden, so wie Kameraden, die Nachwuchsschule der Landwehr, dieses bewährten und ausgezeichneten Reservekreises unseres Heeres, und den Wärtern der ersteren sind und dort den Soldaten weiterbildungsfähig und anzuhängen. Aber mit dem Lust ausgerechnet Verdient und mit dem Versuche der Nachwelt zu sagen, daß diese Kameraden wie Aus und Heraus. Indessen ist damit die Sache und die Bedeutung der Angelegenheit noch nicht erledigt, denn sie hat ein „zweites Gesicht", das wir doch noch näher ins Auge fassen wollen. Von mehrere Zeitungsstimmen ganz entschieden der Ansicht, daß die Parole „Kameraden" ein unkameradschaftlicher Ausdruck sei, und daß die Kameraden über Kameraden sich ärgern müssen. Das war ergänzlich zu leben und wunder Kameraden wird darüber ein Gefühl der Verletzung empfunden haben, denn wenn man an innerlichen Herzen empfindet, über treuen Kameraden, so über es wohl, Gesinnungsverwandten, die Verfassung die uns erfreut hat, unseren Kameraden reden. Aber es sind auch bei diesem Verfassungen die „Kameraden" Ausdruck Zwei das Gleiche thun, ist doch nicht das Gleiche. Oder unkameradschaftlich könnte in diesen Zeiten die Bezeichnung „Kameraden" nicht sein, wenn gesinnten Zeitungsschreibern dergestalt, ohne Schadenfreudschaftsarzt hat können, die gewohnheitsmäßige Oppositionspresse darauf ausgeht, diesen Vorfall gleichsam als Hafen zu benutzen, um darauf eine Paradeschinken aus der Räuchernkammer der einzelnen Parteien aufzuhängen, z. B. die berufsmäßige Hetze „gegen die schneidigen Berufsmilitäre, die den Turm Drill und der steinen Disziplin der Rekrutendressur ihr Ideal erblicken und für ein wirkliches Volksheer kein Verständniß haben" oder „Widerstand gegen die Militärvorlage um jeden Preis" und „Nieder mit dem Militarismus" und dergleichen mehr. Unsere demokratischen Gegner erblicken in dem Artikel ein trefflichs Mittel, um die Krieger- und Landwehrvereine aufzuhetzen gegen Kaiser und Kleid, um zu zeigen in dieser Richtung, wie sie, verehrt und oder unverschämt je nach dem politischen Bildungsgrade der verschiedenen Blätter. Man brachte aufgebauschte Nachrichten über große „Aufregung in den Kriegervereinen" und gab sich pharisäisch den Anschein, als müsse man sich dieser „geschmähten" alten Soldaten warmherzig annehmen. Das Geschimpfe von jener Seite, sagt somit nur Schmähungen für uns alte Soldaten halte, war geradezu rührend. Aber wer unsere guten Freunde kennt, wußte sich sofort sagen; „Spiegelberg, ich kenne Dich!" Die zahlreichen Spiegelberge zeigten auch bald ihre wahren Gesichter, indem sie die alten Soldaten ganz unter aufforderten sich für die ihnen angethane „Schmach" zu revanchiren, indem sie künftig den Gegnern von Kaiser und Reich ihre Stimme geben. So konnte man in einem Blatte dieser Richtung lesen: „Wir denken, die „Gedienten" werden sich des Dankes erinnern, der das „Armeeblatt" der Landwehr gespendet hat und im Falle der Reichstagsauflösung mit der Opposition nicht mehr." Also ist aber die Theilnahme und das Interesse für die „geschmähte Landwehr".

Nun, wir wissen uns selbst zu schützen und brauchen nicht den Rath und die Theilnahme von sogenannten „Freunden", die sich nicht scheuen, die Empfindungsgefühle unserer Kameraden auszubeuten und für ihre Zwecke zu verwenden. Wir danken bestens für diese unsegnendliche Sorge und rathen den Wölfen in Schafskleidern: bekämmert Euch doch nicht um uns! Wir alten Soldaten wissen, was wir zu thun haben und lassen uns nicht aufhetzen. Und unsere Landwehr? Sie wird in Gefahr dieser Tüchtigkeit um ihres Werthes, sei es früher oder später, wenn der Feind die Grenzen unseres theuren Vaterlandes bedrohen sollte, sich freudig und gern, wie in alten Tagen, um ihren ehrenhaften Kriegsherrn schaaren, wird treulich und treuen unter dem Wahlspruch unserer Väter: Mit Gott für König und Vaterland."

Preußischer Landtag.

Haus der Abgeordneten.

* **Berlin**, 19. November. (4. Plenarsitzung.) Anfang 11 Uhr. Am Ministertische: Dr. Miquel, Dr. v. Schelling u. a.

Die erste Berathung des Spielbankentwurfs wird nach kurzen Reden von Rickert und Bachem fortgesetzt.

Abg. Graf Behr (fk) zieht zu, daß die Reformgesetze sehr klar und logisch abgefaßt sind, hält es aber nicht für nothwendig jetzt eine so radikale Reform vorzunehmen. Er sei daher ein entschiedener Gegner des vorliegenden Gesetzes. Ihm Interesse wäre es gewesen zu erfahren, wie die Provinzialbehörden darüber denken. Man habe gesagt, es werde ja jetzt nur das ausgeführt, was das Haus selbst früher in Resolutionen geforderte habe. Das sei nicht richtig. Man habe wohl Uebereinstimmen gewünscht, aber dem nicht die völlige Aufgabe der Realsteuern seitens des Staates. Deshalb sei auch niemand diesen Reformen gegenüber gekommen. Im Interesse des Friedens, der Versöhnung der Gemüthen, zu erreichen, gebe es noch andere Mittel. Man wolle die Verwaltungsreform beleuchten; in dieser Beziehung aber könne er dem Minister nicht zustimmen, daß die Grundsteuer noch eine Steuer sei; er halte sie vielmehr für eine Rente. Anders wäre es, wenn man in mit den Gemeinden, deren Höhe man mit als Grund der Vorlage ansieht. So doch sind dieselben aber im Stande gar nicht, sie betragen beschränkt 15—25 pCt. Verwundert haben die Zuschläge zu schon jetzt durch die richtige Einschätzung zur Einkommensteuer. Es platzte dann wieder zu Gunsten der Städte benachteiligt, seien Gemeinden Kommunalsteuer, die Gemeinden aber bekommen Vortheile gegenüber. Die Reform bewirke lediglich eine Verschiebung. Er halte es für bedenklich, alle Entzugsteuern in einer Zeit aufzuheben die finanziell so wenig ausfällt sei. Der Großgrundbesitz erhalte im Wesentlichen es ist nicht anders anerkannt — ein großes Geschenk auf Kosten der Allgemeinheit. (Hört, hört!) Die Aufhebung der Grundsteuer war ein Unrecht, die Aufhebung würde es aber auch sein. Die großen Städte erhalten so freilich auch große Zuwendungen. Sehr unwahrscheinlich bezüglich ist es durch die Aufhebung der low Hoogen die unmittelbaren Vorteile der Landwirthschaft. Es ist unwahrscheinlich, daß die Verwendungen vorzunehmen sind, wenn die Aufsichtsbehörde einzuwirken haben, da das Gesetz klar und deutlich die Verwendungszwecke angiebt. Der Vertrieb der low Hoogen würde die Kreissteuern um etwa 45 pCt. vermindern. In Aufhebung würde es den reichen Schichten zur Wohlthaten der landwirthschaftlichen Zölle erleichtern. (Sehr richtig!) und er warne daher die Landwirthe dieser Einrichtung zuzustimmen. Ein weiteres Bedenken liege für ihn darin, daß mit der Ueberweisung der Realsteuern an die Kommunen auch eine Verdoppelung der Kommunalsteuern eintreten, ihn bereits die Kommunalsteuern zu hoch seien. Hierbei müssen aber die Konferenzen die größten Anstrengungen machen müssen, um zu verhindern daß die Aenderung des Wahlrechts nicht nach der Demokratischen Seite hin geschehe. Für ihn sei diese Reform so nicht, daß er sich der vorliegenden Gesetze nicht anschließen könne. Es sei ihm die Zeit zu kurz, es müsse das neue Wahlrecht gleichzeitig mit den Reformgesetzen zur Abstimmung kommen. Redner wendet sich auch gegen die Verdrängung der ländlichen Unterbeamten, Gemeindediener — Gemeindediener — Unterbeamten. Die ausgleichende Gerechtigkeit werde sich nach keiner Richtung durch die neue Reform bestätigt. Man meint ja sogar noch eine neue Steuer einführen; diese ist traß, da in Inter Stunde Academen Nameu ist. Es wird ein Gesetz gemacht, das die Gemeinden ihre eigenen Steuern durch die Gemeindeumlagen und die Gemeindeumlagen verteilt. Es kann von der Zeitgesetzgebung unmöglich sein in dieser Vorlage vorwendet sein. Man brauche nicht an Kommunen, das die Reformgesetze der Gemeinden und Gutsbezirke an die Kommunen dann schon werde. Ich bitte Sie, meine Herren, das Gesetz nicht zu verwerfen, es wird eine Steuern bitten einmal über Alles nach eine neuen Steuer, über die Kommunalsteuer verteilt. Man behalte die Low Hoogen, damit werden alle antreten kann. Die Wiederkehr und der Gutsbezirksverteilung man an die Provinzen, Kreise und Gemeinden. Damit wurde Zufriedenheit erzielt werden.

Generalsteuerdirektor **Burghart:** Jetzt bei die Zeit zur Steuerreform, welche man bringen wollte. Die ist eine Verantwortung des unbeteiligen Einkommens ist eine einzige Einrichtung unbedingt unentbehrlich. Verdienen, und diese Verdienen sind verdienen unentbehrlich. Die Ver- wollte Verdienen nicht wenn sich ist. Jetzt, wenn die Steuerreform gemacht ist, ist es nicht mehr erforderlich, die Kommunalsteuer zu verteilen. Wir brauchen nicht an Kommunen, das die Reformgesetze der Gemeinden und Gutsbezirke an die Kommunen dann schon werde. Ich bitte Sie, meine Herren, das Gesetz nicht zu verwerfen, es wird eine Steuern bitten einmal über Alles nach eine neuen Steuer, über die Kommunalsteuer verteilt. Man behalte die Low Hoogen, damit werden alle antreten kann. Die Wiederkehr und der Gutsbezirksverteilung man an die Provinzen, Kreise und Gemeinden. Damit wurde Zufriedenheit erzielt werden.

Abg. **v. Jagow** (kons) erklärt, seine Partei gehe in dieser Frage der Steuerreform geschlossen vor. Sie halte die Vorlagen für die Erfüllung der Verpflichtungen, welche die Regierung dem Landtage im vorigen Jahre gemacht hat, sowie für die Verwirklichung der Bestrebungen der Abgeordnetenhauses. Wenn die Grundsteuer, wie allgemein anerkannt wird, eine außerordentlich unerechte Bruttobesteuerung darstellt, so könne sich der Abschaffung dieser Steuer nur widerstreben wiederholen, der den Grund besitzern überhaupt keine Erleichterung zu Theil werden lassen will. Im Gegensatze zum Grafen Behr könne er in der Anfrechthaltung der low Hoogen Vortheil für die Kommunalverbände nicht erblicken, denn es gebe schon jetzt reiche Gemeinden, welche nicht wissen, wenn sie mit den Ueberschüssen ihrer Kassen anfangen sollen. Eine vernünftige Kommunalverwaltung sei bei den schwankenden Einnahmen und der low Hoene nicht im Stande, sich auf dauernde Ausgaben einzurichten. Wer garantire auch, daß der stets wiederholte Antrag von Gewerbesteuer, die Gewerbesteuer bauernd beseitigt werden wird, und mit der Frankensteinschen Klausel falle auch die low Hoene. Allem dem werde abgeholfen, wenn man die Gemeinden mehr auf die Ertragsteuern verweist und sie auf eigene Füßen stellt. Das geschehe am besten auf dem von der Regierung vorgeschlagenen Wege. Redner kritisirt die Vorschläge des Grafen und andere Projekte, welche dem Vorschlage der Regierung entgegengesetzt worden sind und kommt zu dem Schluß, daß nur der von der Regierung vorgeschlagene Weg gangbar ist. Gleichwohl seien seine Freunde nicht ohne Bedenken, namentlich bezüglich des Wahlrechts. Sie hatten noch nie vor das allgemeine direkte Wahlrecht theoretisch für falsch und praktisch für gefährlich und stehen auf dem Boden des Dreiklassen-Wahlrechts. Auch das neue Wahlgesetz müsse sich nach den Leistungen regeln. Dieses Prinzip halten seine Freunde für unrichtig, daß hierzegen alle sonstigen Rücksichten zurücktreten müssen, er habe daher zu erklären: Wenn nicht bis zum Abschluß der Reform der Nachweis erbracht wird, daß die Besitzerhöhungen wegen einer Verschiebung des Wahlrechts nach der plutokratischen oder demokratischen Seite nicht richtig sind, so würden seine Freunde sich schwerlich entschließen, aber in Würdigung ihrer Pflicht gegen die ganze Reform stimmen. Die Regierung müsse bis zur End-Abstimmung entweder eine Vorlage einbringen, welche § 5 des vorliegenden Gesetzes ändert oder ein neues Wahlgesetz. Was die Grundsteuer — Entschädigung betrifft, so gehe diese nicht ausschließlich die Mittelpartei an. Er erklärt, daß seine Partei nimmt diese Behauptung aufgestellt würde, sie bedmäßig für eine bewußt falsche erklären müsse. Im Kreise Landsberg a. W. müßten allein 500 000 M. Grundsteuerentschädigungen von kleinen Kolonisten zurückgezahlt werden. Die Kleinen seien gerade die, welche sich für sehr schlechte Zeiten bei mit seinen Freunden der Anfrechthaltung Ergänzungssteuer gerade allen Umständen das fundirte Einkommen treffen müsse. Er glaube aber nicht, daß die Veranlagung des fundirten Einkommens technisch schwieriger sei, als die jetzt vorzeichnete Veranlagung des unfundirten Einkommens. Prinzipiell Bedenken habe seine Freunde dieser Frage nicht bei. Für eine Ergänzungssteuer sei seine ganze Fraktion, der größere Theil für die Vorlage der Regierung. Allerdings müsse eines aus der Vorlage beseitigt werden: die Bestimmung der Einschätzung der Grundstücke nach dem Verkaufswerthe. Wäre man in großen Reformwerk so dürfe man nicht den Staat, der so sichere Einnahmen aufgiebt, auf unsichere verweisen, darum müsse die Rechnung, weher der esforderliche Ersatz kommt, mit größter Sorgfalt aufgestellt werden, wie das auch zu seiner Freude geschehen sei. Wenn er die Bedenken gegen die Vorlage einzelne, so könne er zu der Ueberzeugung daß die Regierung den einzig richtigen Weg vorgeschlagen habe. Die Konservativen werden bedrebt sein, die Regierungsvorlagen, wo es nöthig sein sollte, zu verbessern, aber in allen grundlegenden Bestimmungen zu stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. **Richter** (fs): Die Konservativen wollten weniger Pflichten, aber mehr Rechte haben. Das sei die Signatur der Rede des Vorredners. Die Zahlung der Entschädigungsgelder könne man nicht damit vergleichen, daß man auf einige kleine Leute und Städte hinweist. Dadurch wurde ja nur ein Unrecht, das es sich tausenden von Grundbesitzern die Grundsteuer zu erlassen. Den Hauptvorteil aus diesen Vorlagen habe der Großgrundbesitz. Auch er wurde, wenn er zu entscheiden hätte, die Grunds- und Gebäudesteuer an die Kommunen verweisen, das sei doch nicht einmal, wie man sagt, die jetzt der Staat leistet, von den Gemeinden übernehmen lassen. Das hatte noch vor 2 Jahren niemand geglaubt, daß am Ende dieses Jahrhunderts den Großgrundbesitzern durch Aufhebung der Grund- und Gebäudesteuer ein solches Geschenk gemacht werde.

Bei Schluß des Blattes referirt der freisinnige Vorsitzende weiter gegen die Vorlage.

Sozialdemokratischer Parteitag.

ob **Berlin**, 18. November. (Abendsitzung.) Der Vorsitzende Singer eröffnet die Sitzung um 8½ Uhr. Liebknecht erklärt daß welche falscher Widergabe seiner Worte verschiedene Blätter, die von der vom „Vorwärts" gebrachten Mitteilung keine Notiz genommen haben, Dinge in seinem Namen angeführt haben, er habe nicht gesagt, daß es für das gültige Vermögen eine andere Einschätzung gebe als für das materielle, sondern, daß die Selbstschätzung nicht für das gesetzige Vermögen beliebe.

Es liegt der Diskussion über Genossenschaftsreisen u. s. w. wendet sich Bebel gegen Kaiser, indem er behauptet, daß die Kontrolmarke in ganz fünf Gewerben geeignet sei, den Streik aus der Welt zu schaffen. Gesetze Kaiser ist in seinem Referat heftig gegen die Kontrolmarke ins Feld gezogen, in der Resolution aber Kontrolmarke, er die. Es wird ein Gesetz gemacht, das bewirkt, daß die Ware verkauft wird, und behaupte, daß auch die Landwirthschaftsorganisation leiden durch die Kontrolmarke ausgeschlossen wird. Der Gewerkschaftskongreß in Berlin hat in demselben Sinne. Die Genossenschaften haben die Streik mit Kontrolmarke Herzen aber die Kontrolmarke dieser dem Streikrecht in diesem hineingewesen. Die gewerkschaftliche Bewegung werde durch die Schutzmarke nicht gefördert. — Schwerer-Gumbinnen bezeichnet die Gründung von Genossenschaften weil allein durch die Genossenschaften eine Macht zu schaffen, der Kapitalismus ist ein Gegner mit Kontrolmarke. Wegner-Gumbinnen wohl Anders Ausführungen sympathisch gegenüber. Wir Hamburger haben uns an Genossenschaft und an Kontrolmarke erkundigt den Mannen verfordert. (Heiterkeit.) Bei uns wurde es den Parteigenossen schon als Verbrechen angerechnet, wenn sie die Kontrolmarke nicht verlangen. Es ist ein Irrthum, daß es bei uns so bleiben. (Heiterkeit.) Eine bedeutende Anhängerin der Partei riet einmal aus: „Durch die Kontrolmarke ist es möglich, die Unternehmer an die Wand zu drücken, daß sie zusammen." (Grosse Heiterkeit.) Darauf kommen die Gewerkschaften Bedenken der Kontrolmarke entrichten. Der Genossenschaftsgedanke wird Fortschritte bleiben.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion mit knapp einstimmiger Ob. hervor. — Wegner-Hamburg hat eine Resolution einzubringen in welcher er verlangt, daß der Parteitag es als Pflicht jedes Genossen erklärt, daß er sich der Kontrolmarke bedienen und sich dafür einsetzen soll. Er begründet seine Resolution, indem er hervorhebt, daß auch in den Gewerkschaften die für die Arbeiterpartei erreichbare Verbesserung des Proletariats gefordert wird. Wenn die Kontrolmarke den Gegnern Schaden zufügen, so wollen wir dies gern. Es wird ja Zeit sein, wenn wir die Kontrolmarke ganz andere. (Stürmischer Beifall.)

Grunwald-Hamburg erklärt die Genossenschaft für kein unerlässliches Element der Gewerkschaft. Wir wollen lieber man sich mit Kontrolmarke. Es ist ein Irrthum, wenn man meint, das Kontrolmarke bedrohlichen, erhalten die Arbeiterkonsumen nur nicht wenig bei, sondern dabei es leider erschien. Wenn es wenigen den Hamburger Unternehmern wenigen Tage, ihre 3000 Tabakarbeiter aus die Straße zu werfen, kann ich sagen: Tabakarbeiter leiden Kontrolmarke. Es ist ein Irrthum, daß die Kontrolmarke Gewerkschaftsgelder zu sehen. Verwendungsmarke — man hatte vorzüglichen einen Dreiecker — Gewerkschaftsmarke, Hilfsmarkenschmuck, das heute sich erkennen. Und dabei kann ich Herrn an nicht einmal mit sich reden! (Grosse Heiterkeit.) Wenn Pfennig Gewerkschaftsgelder, so verwende einer Kontrolmarke! Es kommt ja ja nicht einmal erkenntlich machen! (Grosse Heiterkeit.) — Ein Antrag auf Schluß der Debatte findet nicht die genügende Unterstützung und Singer bittet, die Verhandlung nicht durch solche Debatte zu stören.

Schmalfeld-Bremerhaven (der bekannte Reichstags-Gegenkandidat des Fürsten Bismarck) will das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die Arbeiter in der Genossenschaft stehen sich besser als bei dem Privatmann. In Hamburg begiebt ein Kleiner der heutigen Tabakfabrikanten 12 M. wöchentlich, bei der hortigen Genossenschaft aber 19 M. Kräfte werden der Partei nicht entzogen. Die ganze Debatte ist gänzlich überflüssig. Die Gewerkschaften werden sich an unsere Resolution nicht kehren. Ich möchte bitten, daß Sie Herr Hamburg erklären, daß Sie die Gewerkschaft als Vollstimmitel betrachten. — Bei Hamburg möchte man Hamburg Vorstande klipp und klar erklärt haben, daß er von Herzen und aufrichtig der gewerkschaftlichen Bewegung gegenüberstehe. Damit werde auch den Gerede der Boden entzogen, als habe der Vorstand nur durch die gewerkschaftliche Bewegung werde der politischen gefährliche Konkurrenz machen. — Schmidt-Friedberg erwähnt, daß die Gewerkschaften das Geld für ihre Gründungen oft aus unrichtiger Quelle nehmen, z. B. aus den Krankenkassen. Trete nun ein besonderer Fall ein, Epidemieen u. s. w., so komme die Kasse trotz sofortiger Kündigung in Verlegenheit, und die Kranken werden vernachlässigt und letzten Noth. Deshalb stimme er Auer vollkommen bei. — Lemke-Bielefeld weist darauf hin, daß die Gewerkschaften auch praktische Sozialpolitik treiben, weil sie zu Verkürzung der Arbeitszeit erstreben. Deshalb dürfe man sie nicht als ganz außerhalb des Parteirahmens stehend betrachten.

Um 10½ Uhr werde der Diskussion geschlossen. Das Schlußwort hat Auer. Er sagt: Ich werde es möglichst kurz machen. (Bravo.) Ich freue mich, daß Boykott und Streik in der ganzen Diskussion gar nicht erwähnt worden sind. Meine Ausführungen zugewiesen also nicht Streik und Boykott. Ich habe auch nicht gesprochen. Ich habe ihr nur die Wunderwirkung abgesprochen, die ihre Anhänger ihr zuschreiben. Ich glaube aber, daß wir durch zu große Pflege der Schutzmarke auf Abwege geleitet werden (Sehr richtig!) und daß aus politischen Revolutionären wirtschaftliche Interessenten werden. Lassen geht von der Vorausetzung aus — die Sozialdemokraten sind fatal, das macht dem philosophisch angelegten Genossen aber nichts — daß in der Partei eine Strömung gegen ihn und die Gewerkschaften besteht und daß die von der Partei protegirten sozialdemokratischen Kleinbürger daran schuld haben. Die Partei hat niemals den Gewerkschaften einen Stein in den Weg gelegt, niemals ist daran die Rede gewesen. Man sollte deshalb endlich darüber die Streitart begraben lein lassen. (Bravo!) Die Frage, wie wir zur gewerkschaftlichen Bewegung stehen, ist längst beantwortet. Wir haben schon lange jedem Genossen empfohlen, einer gewerkschaftlichen Organisation beizutreten, wo es ihm möglich ist. Nehmen Sie unsere Resolution an. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wurde die Resolution Auer mit großer Majorität angenommen, die Legiensche Resolution abgelehnt. — Singer schließt die Sitzung um 11½ Uhr Nachts.

Prozeß Oberwinder.

eb Aus den Erkenntnißgründen heben wir folgendes hervor: Der Angeklagte hat die Broschüre über den Fall Buschhoff veröffentlicht und ist verantwortlich für den Inhalt als wäre er der Thäter selbst. Nun macht er für sich geltend, daß er weiter nichts als Kritik geübt hat, die sich jedermann, und wieder er noch in hoch stehe, gestatten lassen müsse. Es ist aber nicht lediglich Kritik geübt worden, sondern das Gericht ist der Ansicht, daß man darauf ausgegangen ist, zu beleidigen. Das geht aus folgenden Stellen hervor: Ein guter Christ wäre um Gottesvorwurfs willen aus dem Tempel herausgekommen; aber der Schäcker Buschhoff ist für diese Angelegenheit zu schade". (Seite 3) Daraus geht die Tendenz der Broschüre hervor. Es handelt sich gar nicht bloß um die Personen des Ersten Staatsanwalts, des Landgerichtsrathes und des Langerichts Klerc, sondern darum, daß man behauptet, gegen einen Christen und gegen einen Nichtchristen wird gegen Christen. Das geht aus weiteren Stellen hervor, wo die Freisprechung Buschhoffs als das Unsehenerlichste und Beleidigkeit bezeichnet, wo von dem geschlachteten Kinde geredet wird. Der Verfasser geht darauf aus, um unter das Zuhörerkreis unter die Rückschritt zu bringen, und zum Zweck der Verhetzung. Es ist ein Verbrechen, wenn man sich